

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz ♦ Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeile 30 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 55 mm breite Reklame-Zeile im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Angebotgebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen ununterbrochener Anzeigen in

Montag
2
Juni

kurzen Zwischenräumen entsprechend Nachlag. Jede Nachlagbewilligung wird fünfzig bei gerichtlicher Vertretung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Laufend 9.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller-
spätestens 1/2 9 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 85 · 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinbühl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Bekanntmachung.

Verschiedene Zeitungen haben verlauten lassen, daß Zwangsmassnahmen gegen diejenigen deutschen Bürger getroffen würden, welche ihre freie Meinung über die Bildung eines Rheinischen Staates abgeben würden. Diese Massnahmen würden auf Artikel 81 des Reichsgesetzes begründet sein.

Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung, für die die französischen Behörden verantwortlich sind, verbietet General Mangin, Oberbefehlshaber der 10. französischen Armee, jede Anwendung der durch Artikel 81 begründeten Massnahmen.

L'Administrateur militaire du Cercle de Königstein.

Bekanntmachung über Zahlungsverkehr und Versendung von Wertpapieren.

Folgende Verfügungen, die Erleichterung des Zahlungsverkehrs und Versendung von Wertpapieren betreffend, werden hiernit zur Kenntnis gebracht:

Sämtliche Zahlungsverfahren, ebenso die Versendung von Wertpapieren, Coupons etc., welche durch den genehmigten geschäftlichen Verkehr herbeigeführt werden, können von jetzt an mit dem unbefestigten deutschen Gebiet zur Ausführung gebracht werden unter der Bedingung, daß dieses durch Vermittlung einer der von der franz. Verwaltung bezeichneten Bank geschieht. Die zu diesem Zweck bis auf weiteres befähigten Banken sind:

Reichsbankstelle Wiesbaden,
Bank für Handel und Industrie, Filiale Wiesbaden,
Direction der Disconto-Gesellschaft, Zweigstelle Wiesbaden.

Die Beteiligten können sich deshalb nach freier Wahl an eine dieser 3 Banken wenden.

L'Administrateur militaire du Cercle de Königstein.

Der Wortlaut der deutschen Note.

Berlin, 30. Mai. Die deutsche Mantelnote lautet:

Herr Präsident! Ich habe die Ehre, Ihnen in der Anlage die Bemerkungen der deutschen Delegation aus dem Entwurf des Friedensvertrages zu überreichen. Wir waren nach Versailles in der Erwartung gekommen, einen auf der vereinbarten Grundlage aufgebauten Friedensvorschlag zu erhalten. Wir hatten den festen Willen, alles zu tun, was in unseren Kräften stand, um den schweren von uns übernommenen Verpflichtungen nachzukommen. Wir hofften auf den Frieden des Rechts, den man uns versprochen. Je tiefer wir in den Geist des Vertrages eindringen, desto mehr überzeugen wir uns von seiner Undurchführbarkeit. Die Zumutungen dieses Vertrages gehen über die Kraft des deutschen Volkes.

Wir sollten zur Wiederherstellung des polnischen Reiches auf unbestritten deutsche Gebiete verzichten, fast auf die ganze überwiegend deutsche Provinz Westpreußen, auf deutsche Teile Pommerns, auf das ferndeutsche Danzig, sollen die alte Handelsstadt in einen Freistaat polnischer Souveränität umwandeln lassen. Wir sollen dazwischen willigen, daß Ostpreußen vom Staatskörper amputiert, zum Absterben verurteilt und seines nördlichen Teiles mit dem rein deutschen Memel beraubt wird. Wir sollen zugunsten Polens und Tschechoslowakiens auf Oberschlesien verzichten, obgleich es seit mehr als 750 Jahren in enger politischer Verbindung mit Deutschland steht, von deutschem Leben erfüllt ist und die Grundlage für die Industrie im ganzen östlichen Deutschland bildet. Überwiegend deutsche Kreise sollen an Belgien abgetreten werden, ohne genügend Garantien für die Unabhängigkeit einer erst nachträglichen Abstimmung. Das rein deutsche Saargebiet soll von seinem Reich gelöst und seine weitere Angliederung an Frankreich vorbereitet werden, obgleich wir Frankreich keine Menschen, sondern nur Kohlen schulden. Fünfzehn Jahre lang soll rheinisches Gebiet besetzt sein und die Alliierten es nach fünfzehn Jahren in der Hand haben, die Rückgabe des Landes zu verweigern. In der Zwischenzeit können sie alles tun, um die wirtschaftlichen und moralischen Verbindungen mit dem Mutterlande zu lösen und schließlich den Willen der einheimischen Bevölkerung zu fällen.

Ein so zersplittertes und geschwächtes Deutschland soll sich, ohnehin auf Erstattung der Kriegskosten ausdrücklich verpflichtet wurde, grundförmlich bereit erklären, alle Kriegs-

kosten der Gegner zu tragen, Summen, die das gesamte deutsche Staats- und Privatvermögen um ein mehrfaches übersteigen würden. Einstweilen fordern die Gegner über die vereinbarte Grundlage hinaus Ersatz der Schäden der Zivilbevölkerung, wobei Deutschland auch für seine Bundesgenossen haften soll. Die zu zahlende Summe soll von den Gegnern einseitig festgesetzt werden und späterer Abänderung und Erhöhung unterliegen. Die Grenze soll die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes bilden, abgestuft nicht nach seiner Lebenshaltung, sondern lediglich nach seiner Fähigkeit, die Forderungen der Feinde durch Arbeit zu erfüllen. Das deutsche Volk wäre also zu dauernder Sklavenarbeit verurteilt.

Trotz solcher Forderungen wird uns gleichzeitig der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens unmöglich gemacht. Wir sollen unsere Handelsflotte ausliefern. Wir sollen auf alle Auslandswaren verzichten, wir sollen das Eigentum an allen deutschen Auslandsunternehmen selbst in den verbündeten Ländern auf die Gegner übertragen. Auch nach Friedensschluß sollen die feindlichen Staaten das Recht haben, alles deutsche Vermögen zur Einziehung zu bringen. Kein deutscher Kaufmann wird in ihren Ländern vor solchen Kriegsmassnahmen geschützt sein. Auf unsere Kolonien sollen wir vollständig verzichten, nicht einmal dort sollen deutsche Missionare das Recht haben, ihren Beruf auszuüben. Wir sollen also auf jede politische und wirtschaftliche Betätigung verzichten.

Sogar im Innern sollen wir unser Selbstbestimmungsrecht aufgeben. Die internationale Kommission für Wiedergutmachung erhält diktatorische Gewalt über unser gesamtes Volksleben in Wirtschaft und Kultur. Ihre Befugnisse gehen weit über das hinaus, was der Kaiser, der Bundesrat und der Reichstag zusammen jeweils im Reichsgebiet besessen haben. Diese Kommission verfügt unbeschränkt über die Wirtschaft des Staates, der Kommunen und der Einzelpersonen. Auch das gesamte Bildungs- und Gesundheitswesen ist von ihr abhängig. Sie kann das ganze deutsche Volk in geistiger Knechtschaft halten, sie kann, um die Kronzahlungen zu ermöglichen, die soziale Fürsorge für die deutschen Arbeiter unterbinden.

Auch auf anderen Gebieten wird Deutschlands Souveränität aufgehoben. Seine Hauptströme werden internationaler Verwaltung unterstellt. Es muß auf seinen Gebieten die von den Gegnern gewünschten Kanäle und Eisenbahnen bauen. Es muß den Verträgen unbekannten Inhalts zustimmen, die von seinen Gegnern mit den neuen Staaten des Ostens geschlossen werden sollen, selbst in seinen eigenen Grenzen. Das deutsche Volk ist aus dem Bund der Völker ausgeschlossen, dem alle gemeinschaftliche Arbeit der Welt anvertraut ist.

So soll ein ganzes Volk seine eigene Richtung, ja sein Todesurteil unterschreiben. Deutschland weiß, daß es Opfer bringen muß, um zum Frieden zu kommen. Deutschland weiß, daß es solche Opfer vertragsmäßig zugesichert hat und will darin an die äußerste Grenze dessen gehen, was ihm möglich ist.

1. Deutschland bietet an, mit der eigenen Entwaffnung allen anderen Völkern voranzugehen, um zu zeigen, daß es helfen will, das neue Zeitalter des Rechtsfriedens herbeizuführen. Es hebt die allgemeine Wehrpflicht auf und verringert, von Übergangsbestimmungen abgesehen, sein Heer auf 100 000 Mann. Es verpflichtet sich auch, die Schlachtschiffe, die ihm seine Feinde noch lassen wollen, herzugeben, aber es setzt voraus, daß es sofort als gleichberechtigter Staat in den Völkerbund aufgenommen wird.

2. In territorialen Fragen stellt sich Deutschland rückhaltlos auf den Boden des Wilsonprogramms. Es verzichtet auf seine Staatshoheit in Elsass-Lothringen, wünscht aber dort eine freie Volksabstimmung. Es tritt den größten Teil der Provinz Posen, die unbestreitbar polnisch besiedelte Gebiete nebst der Hauptstadt Posen, an Polen ab. Es ist bereit, den Polen durch Einräumung von Freihäfen in Danzig, Königsberg und Memel, durch eine Weichsel-Schiffahrtsakte und durch besondere Eisenbahnverträge freien und sicheren Zugang zum Meere mit allen Garantien zu gewähren. Deutschland ist bereit, die wirtschaftliche Versorgung Frankreichs mit Kohlen, besonders aus dem Saargebiet, bis zur Wiederherstellung der französischen Bergwerke zu sichern. Die

vorwiegend dänischen Gebiete Schlesiens werden auf Grund einer Volksabstimmung Dänemark überlassen. Deutschland verlangt, daß das Selbstbestimmungsrecht auch zugunsten der Deutschen in Oesterreich und Böhmen geachtet wird. Es ist bereit, seine sämtlichen Kolonien der Gemeinschaftsverwaltung des Völkerbundes zu unterstellen, wenn es als dessen Mandatar anerkannt wird.

3. Deutschland ist bereit, die ihm nach dem vereinbarten Friedensprogramm obliegenden Zahlungen bis zur Höchstsumme von 100 Milliarden Mark Gold zu leisten, und zwar 20 Milliarden Mark Gold bis zum 1. Mai 1926, alsdann die restlichen 80 Milliarden Mark Gold in unterzinslichen Jahresraten. Deutschland setzt hierbei voraus, daß es keine weiteren territorialen Opfer als die vorerwähnten zu bringen hat und es wieder wirtschaftliche Bewegungsfreiheit nach innen und nach außen erhält.

4. Deutschland ist bereit, seine gesamten wirtschaftlichen Kräfte dem Dienste der Wiederherstellung zu widmen. Es wünscht, bei der Wiederherstellung des zerstörten Gebietes in Belgien und Nordfrankreich wertig mitzuarbeiten. Für den Produktionsausfall der zerstörten Gruben in Nordfrankreich sollen während der ersten 5 Jahre bis zu 20 Tonnen Kohlen jährlich, während der nächsten 5 Jahre bis zu 8 Millionen Tonnen Kohlen jährlich geliefert werden. Deutschland wird weitere Kohlenlieferungen für Frankreich, Belgien, Italien und Luxemburg ermöglichen. Ferner ist Deutschland zu bedeutenden Lieferungen in Benzin, Steinkohlenteer, Schwefelsäure, Ammoniak sowie Farbstoffen und Arzneimitteln bereit.

5. Bietet Deutschland an, seinen gesamten Handelsflottenraum in einen Weltpool einzubringen, einen Teil der Frachten den Gegnern zur Berechnung auf den Schadenersatz zur Verfügung zu stellen und ihnen für eine Reihe von Jahren auf deutschen Werften Tonnage in einer ihrer Forderungen übersteigenden Höhe zu bauen.

6. Zum Ersatz der in Belgien und Nordfrankreich verminderten Flußschiffe bietet Deutschland Flußfahrzeuge aus eigenen Beständen an.

7. Deutschland glaubt, zur beschleunigten Erfüllung seiner Entschädigungspflicht in der Ueberlastung von industriellen Beteiligungen, insbesondere an Kohlengruben, zur Sicherheit der Kohlenbezüge einen geeigneten Weg zu sehen.

8. Deutschland wünscht in Uebereinstimmung mit dem Willen der organisierten Arbeiter der ganzen Welt, daß die Arbeiter in allen Ländern frei und gleichberechtigt seien. Es will ihnen im Friedensvertrag das Recht sichern, über die Sozialpolitik und Sozialversicherung selbst entscheidend mitzubestimmen.

9. Die deutsche Delegation stellt erneut ihre Forderung nach einer neutralen Untersuchung für die Verantwortlichkeit für den Krieg und die Schuld während des Krieges. Eine unparteiische Kommission solle das Recht haben, die Archive aller kriegführenden Länder einzusehen und alle hauptbeteiligten Personen verantwortlich zu vernehmen. Nur die Zurechtweisung, daß die Schuldfrage unbeantwortet geblieben, kann den verfeindeten Völkern die Zustimmung geben, die notwendig ist, um den Völkerbund zu bauen.

Das sind nur die wichtigsten Vorschläge, die wir zu machen haben. Wegen weiterer größerer Opfer, sowie wegen der Einzelheiten verweist die Delegation auf die beiliegende Denkschrift und ihre Anlagen.

Die für die Ausarbeitung dieser Denkschrift uns gewährte Frist war so kurz, daß es unmöglich war, alle Fragen zu erschöpfen. Eine fruchtbare und aufklärende Verhandlung könnte nur in mündlichen Unterredungen stattfinden. Dieser Friede soll das größte Vertragswerk der Geschichte werden. Es gibt kein Beispiel, daß so umfassende Verhandlungen nur durch schriftlichen Notenaustausch geführt worden sind. Die Empfindung der Völker, die so ungeheure Opfer gebracht haben, ist, daß die Bestimmung über ihr Geschick in offenem, rückhaltlosem Gedankenaustausch erfolge, nach dem Grundsatz: „Offene Friedensverträge, die offen zustande gekommen sind; und demnach sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden, sondern die Diplomatie immer offen und vor aller Welt arbeiten.“

Deutschland soll nun den vorgelegten Vertrag mit feiner Unterschrift versehen und ihn erfüllen. Auch in seiner Not

ist ihm das Recht zu heilig, als daß es sich dazu hergeben könnte, Bedingungen anzunehmen, für deren Erfüllung es nicht einstehen kann. Wohl haben immer wieder in der Geschichte der letzten Jahrzehnte die Friedensverträge der Großmächte das Recht des Stärkeren verkündet, aber jeder von diesen Friedensschlüssen gehört zu den Urhebern oder Verlängerern des Weltkrieges. Wo in diesem Kriege der Sieger zu dem Besiegten gesprochen hat, in Brest-Litowsk und Tula, waren seine Machtworte nur eine Ausaat künftigen Unfriedens. Die hohen Ziele, die zuerst unsere Gegner für ihre Kriegsführung aufgestellt haben, das neue Zeitalter gesicherten Rechtsfriedens, erfordern einen Vertrag von anderer Gesinnung. Nur ein Zusammenarbeiten aller Völker, ein Zusammenarbeiten der Hände und der Geister kann einen Dauerfrieden schaffen.

Der Inhalt des Dokuments.

Berlin, 31. Mai. Nachdem die deutschen Gegenentwürfe überreicht worden sind, ist die Tätigkeit der deutschen Delegierten in Versailles einstweilen beendet. Das deutsche Dokument zerfällt in folgende Abschnitte: 1. Die Mantelnote, 2. die eigentliche Denkschrift, 3. das Gutachten der Finanzkommission, 4. Bericht der Kommission Delbrück, Wendelsohn, Montglas zur Schuldfrage, 5. Note über die Freilassung unserer Gefangenen, 6. Bemerkungen zu Artikel 259 des Friedensvertrages (türkische Finanzfragen) und zu Artikel 263 (brasilische Fragen), 7. kurze Anfragen betr. die in feindlicher Hand befindlichen deutschen Werte.

Pariser Pressestimmen.

Versailles, 1. Juni. Die Aufnahme, welche die deutschen Gegenentwürfe in der Pariser Presse finden, ist nicht scharf und ablehnend, als man es nach den Presseäußerungen der letzten Woche hätte annehmen können. Zwar sind auch heute wieder scharfe Stimmen, namentlich im offiziellen nationalistischen Lager zu finden, aber beachtenswert ist, daß zahlreiche Blätter dieses Lagers heute kein eigentliches Urteil fällen, sondern sich mit einer Umschreibung der Inhaltsangabe der deutschen Denkschrift begnügen. Das „Journal“ meint, daß die deutschen Gegenentwürfe vor allem bezweckten, aus dem Zustand seiner internationalen Unterlegenheit Deutschland herauszubringen, in das es durch den Vertragsentwurf der Alliierten käme. Auf die Frage, ob die Alliierten sich auf Verhandlungen einlassen würden und Abänderungen vornehmen wollten, vermeidet die Presse einzugehen. Das „Echo de Paris“, das über den gestrigen Abend in Konferenzkreisen herrschenden Eindruck berichtet, erklärt lediglich, man glaube nicht, daß die Alliierten in den verschiedenen prinzipiellen Punkten nachgeben werden. Die Frage, ob man unterhandeln werde, läßt das Blatt unbeantwortet. Der „Matin“ betrachtet die deutsche Denkschrift als einen Versuch Deutschlands, sowohl moralisch wie materiell den Folgen des von ihm gewollten Krieges zu entgehen. Das „Petit Journal“ erblickt in den Gegenentwürfen nur einen Versuch, die Alliierten zu entzweien. Das deutsche Manöver würde nicht gefahrlos sein, wenn Wilson an den Konferenzarbeiten nicht teilgenommen hätte. Jetzt aber werde es Broddorff schwer fallen, Wilson, der einer der hauptsächlichsten Urheber des Vertrages sei, davon zu überzeugen, daß er (Wilson) seine Grundsätze selbst nicht verstanden habe. Die sozialistischen Blätter bringen außer der „Humanité“ noch keine Kommentare. Sembat schreibt in der „Humanité“, man müsse hoffen, daß der Viererrat sich diesmal nicht von den Schreibern und Hegern beraten lassen werde, wie das schon mehrere Male der Fall gewesen wäre.

Amerikanische Stimmen.

Versailles, 1. Juni. Die „Chicago Tribune“ berichtet, die amerikanische Friedensdelegation sei der Ansicht, daß die deutschen Gegenentwürfe drei grundsätzliche Fragen aufwerfen: 1. die sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund, 2. die Revidierung der Leistungen Deutschlands für die Wiedergutmachungen, 3. die Volksabstimmung im Osten. Die amerikanische Kommission sei für die Gewährung der beiden letzten Forderungen. England, Japan, Italien und viele kleine Nationen, sogar Belgien, widersetzten sich dem sofortigen Eintritt Deutschlands nicht. Tatsächlich glaubten gewisse alliierte Nationen, daß viel für eine sofortige Zulassung Deutschlands spreche. Die Vereinigten Staaten widersetzten sich den deutschen Vorschlägen betreffend Finanzierung der Entschädigung nicht, da die amerikanischen Sachverständigen der Ansicht seien, daß die von Deutschland vorgeschlagene Summe von hundert Milliarden Goldmark das Höchstmaß dessen sei, was Deutschland bezahlen könne.

Ein Mißverständnis?

Paris, 31. Mai. (Havas.) Als Graf Broddorff erfuhr, daß der Text der deutschen Gegenentwürfe den Blättern in den Vereinigten Staaten gelabelt worden war, telegraphierte er nach Berlin, um zu protestieren, indem er sagte, man habe in den Angelegenheiten der Entente eine schwere Unkorrektheit begangen. In der Nacht empfing er eine Antwort aus Berlin, in der behauptet wurde, es handle sich um ein Mißverständnis. Graf Broddorff ließ sodann Oberst Henry benachrichtigen, er müsse ihm eine Note übergeben, und ließ ihm sodann durch Persner den ersten Teil der Gegenentwürfe überreichen, wobei er ihm gleichzeitig benachrichtigte, daß der Rest am folgenden Tage bereit sein werde.

Arbeiterkündigung in London.

Amsterdam, 1. Juni. „Daily Herald“ vom 26. Mai berichtet, daß der Parlamentsausschuß der englischen Arbeiterpartei die Antwort Bonar Laws auf die Forderung nach Aufhebung der Dienstpflicht, Zurückziehung der Truppen aus Rußland und nach Aufklärungen über die geheimen Rundschriften an die Armee als nicht befriedigend bezeichnet habe und drastische Schritte empfehlen werde. Daß ein derartiger Beschluß der Mehrzahl der Arbeiter will,

kommen sein werde, könnte man aus den von allen Seiten eintreffenden Entschuldigungen ersehen, die sofortige Maßnahmen verlangten, um die Beschlüsse der Konferenz von Southport durchzuführen. Es sei beschlossen worden, am 15. Juni eine große Kundgebung am Trafalgar Square zu veranstalten.

Manchester, 31. Mai. Bei der Jahresversammlung der Liberalen Vereinigung Manchesters wurde beschlossen, sich dem Wehrgesetz zu widersetzen und eine Kapitalsteuer zu empfehlen.

Eine Drohung Lloyd Georges.

London, 1. Juni. Reuter. Lloyd George erklärte in einer kürzlich in Amiens gehaltenen Rede, die Deutschen müßten den Friedensvertrag unterzeichnen, wenn nicht in Versailles, dann in Berlin. Wenn sich der Viererrat nach Berlin begeben, müsse er jedoch eine Armee hinter sich haben.

Unabhängige Sonderstaaten.

Eine „Rheinische Republik.“

Paris, 31. Mai. Der „Matin“ veröffentlicht folgende Mitteilung: „Bedeutungsvolle Bewegungen gehen in dem von alliierten Truppen besetzten Deutschland, in der Pfalz und in Preußen vor sich; sie zielen auf eine Bildung einer oder mehrerer unabhängiger rheinischer Republiken hin. Die französischen Militärbehörden haben sie respektiert und ihnen Rechnung getragen, wie es ihre Pflicht ist.“

Die vorstehende Mitteilung bezieht sich offenbar auf Vorgänge, welche am Dienstag und Mittwoch in der Preussischen Landesversammlung Gegenstand von rechtserregten Sitzungen waren. Auf der Tagesordnung standen drei dringende förmliche Anfragen, seitens der sozialdemokratischen Fraktion, der deutsch-nationalen Volkspartei und der deutschen Volkspartei, sowie auch der Unabhängigen, die alle drei die Staatsregierung interpellierten, ob dieser bekannt sei, daß in Mainz Verhandlungen stattgefunden haben, deren Endziel die Schaffung eines vom Deutschen Reich abgetrennten neutralen Staates „Rheinland“ unter dem Schutz des Völkerbundes sei. Die Unabhängigen sagten in ihrer Anfrage, daß die führenden Persönlichkeiten des Rheinlandes, namentlich Zentrumsabgeordnete, ernstlich die Gründung einer rheinischen Republik betreiben. Aus dem nun folgenden Verhandlungen ging hervor, daß mit dem kommandierenden General der französischen Besatzung wirklich Besprechungen stattgefunden haben bezüglich Gründung einer Rheinischen Republik. Doch lehnten die Redner des Zentrums ganz entschieden die Mitwirkung der Partei als solche bei diesen Verhandlungen ab und gaben seine Führer die Erklärung ab, daß sie sich zu einer solchen Gründung nur einverstanden erklären würden, wenn dieselbe von der deutschen Nationalversammlung ausginge und im Friedensvertrage ausdrücklich festgelegt würde. Für die Mitwirkung der Zentrumsmitglieder Abg. Kaster und Rudloff an den Besprechungen könne die Partei nicht verantwortlich gemacht werden. Wenn aber nun die Bestrebungen, sich von Preußen — nicht vom Reich, daran denke niemand! — zu trennen, einen größeren Umfang angenommen hätten, so liege ein Grund dafür allerdings auch daran, daß die alte Verwaltung es nicht verstanden habe, sich die Sympathien der rheinischen Bevölkerung zu erwerben. Die völlig verfehlte Behandlung der Rheinländer habe seit einem Jahrhundert zu ihrer Ablehnung angetrieben. Die alte preussische Regierung habe die Rheinländer niemals begriffen, und namentlich auch niemals voll die religiösen Gefühle der Rheinländer gewürdigt.

Der preussische Ministerpräsident Hirsch gab die Erklärung ab: Die preussische Staatsregierung sei sicher, daß die Ablehnung der Losstrennungs-Bestrebungen auch von der Bevölkerung geteilt werde. Angesichts der Zentrumserklärung und der Haltung der übergroßen Mehrheit des Hauses, ja vielleicht des ganzen Hauses, würden hoffentlich die Lösungsbestrebungen sehr bald nur noch eine schmerzliche Erinnerung einer schmerzlichen Zeit sein. Die im Hause vorgebrachten Klagen über die Zurückhaltung der Staatsregierung gegenüber dem Rheinlande, über zu bürokratisches Vorgehen ließen sich leicht als unberechtigt nachweisen. Die Rheinländer könnten sicher sein, daß die rheinländische Verwaltung neuen Männern des allseitigen Vertrauens übertragen werde.

Die Lebhaftigkeit der Verhandlungen in der Preussischen Nationalversammlung, und die Äußerungen der Redner waren für den Ernst der Sache selbst, der die Anfragen und Debatten gewidmet waren, von großer Deutlichkeit.

Inzwischen haben die Abg. Kaster und Rudloff ihr Mandat zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung niedergelegt. An ihre Stelle treten Gutsbesitzer C. Reulen-Lüvenich und Fel. Dr. Amalie Lauer-Röln. Das preussische Kabinett hat sich nach der „Deutsch. Allg. Ztg.“ mit den Vorkommnissen in Mainz, Koblenz und Köln befaßt. Dabei ist der Gedanke der Ernennung eines Staatskommissars erwogen worden, da diese Einrichtung in Schleswig und Oberschlesien sich ausgezeichnet bewährt. Gleichsam überholt wird die so geplante Maßnahme nun aber schon durch einen Ausruf, der gestern veröffentlicht wurde und sich an das rheinische Volk wendet. In demselben wird ausgeführt, daß der Augenblick gekommen sei, in dem es gelte dem Völkerfrieden eine Brücke zu bauen, und erklärt:

Es wird eine selbständige Rheinische Republik im Verbands des Deutschen Reiches als Friedensrepublik errichtet, die das Rheinland, Altassau, Rheinhessen und die Rheinpfalz umfaßt, einschließlich Birkenfeld. Die vorläufige Regierung, die ihren Sitz einstweilen in Wiesbaden habe, werde durch Delegierte von Arbeitsausschüssen ausgeübt, als welche unterzeichneten: Der rheinische Arbeitsausschuß, der vereinigte nassauisch-rhein-

heissische Arbeitsausschuß, der pfälzische Ausschuß. Als Ort für den Sitz der Regierung und den Zusammentritt der Landesversammlung gilt Coblenz. Der Ausruf schließt: Es lebe die Rheinische Republik und ist mit Aachen, Mainz, Speyer, Wiesbaden vom 1. Juni 1919 datiert.

Politische Rundschau.

Reisen des früheren Kronprinzen.

Der „Times“ wird aus dem Haag gemeldet: Der frühere Kronprinz hat unermüdet Wieringen verlassen. Er soll sich im Kraftwagen zum Postdampfer begeben haben, auf dem er nach Bannewycksluis in Nordholland gereist sein soll, wo ein Automobil für ihn bereit stand. Ziel und Zweck der Reise sind nicht bekannt.

Wie aus Amsterdam verlautet, soll der frühere deutsche Kronprinz in Begleitung seiner beiden Adjutanten und des Bürgermeisters von Wieringen am Mittwoch nach Amersfort gefahren und dort mit der früheren Kaiserin, die zu diesem Zweck nach Amersfort gekommen sei, zusammengetroffen sein. Die Kaiserin und der Kronprinz sollen im Hause des holländischen General Rinael gestrichelt und hierauf eine lange private Unterredung gehabt haben. Im Laufe des Nachmittags sei die Kaiserin nach Amersfort und der Kronprinz nach Wieringen zurückgekehrt.

Eine neue Kriegsgefangenen-Note.

Die deutsche Delegation hat am Donnerstag Clemenceau eine neue Note in der Frage der Kriegsgefangenen übermittelt.

Die Pläne der Reichsgetreidestelle.

Ueber die Pläne der Reichsgetreidestelle für das kommende Erntejahr liegen nähere Einzelheiten vor. Brotgetreide, Weizen und Roggen, sollen danach weiter bewirtschaftet werden. Gerste in der Hauptsache ebenfalls, da man für die bisher kontingentierten Industrien, wie das Brau-, Spiritus- und Brehnen-Gewerbe, für die Graupen- und Gröhe- und für die Raffineriefabriken die Belieferung in der Hand behalten und den Bedarf an Gerste für die Brostredung sichern will. Weiterhin bestehen Bestrebungen, die Versorgung der Brauereien frei zu bekommen, da die behördliche Bewirtschaftung gerade für diese Industrie ernste Nachteile habe. Gemenge der Getreidearten werden durchweg weiter bewirtschaftet. Hülsenfrüchte werden für diejenigen Mengen, die als Fleischersatz gebraucht werden, gesichert und im übrigen freigegeben. Mais, Hirse, Weizen und Buchweizen werden handelsfrei.

Das Ende der Arbeiterräte.

Das preussische Staatsministerium hat einen Beschluß gefaßt, nach dem neben den auf Grund eines ganz demokratischen Wahlrechts gewählten Gemeindevertretungen kein Anlaß für das Weiterbestehen der Arbeiterräte mehr als gegeben angesehen wird.

Lokalnachrichten.

Rönniglein, 2. Juni. Automobilunglück. Am Samstag nachmittag ereignete sich um 1/4 Uhr auf der Limburgerstraße ein schweres Automobilunglück, welchem bis jetzt leider auch zwei Tote zum Opfer fielen. Es handelte sich um die Ehefrau Anna Müller geb. Friedrich aus Niederreiffenberg und die 41-jährige Anna Sell aus Oberreiffenberg, welche an ihren schweren Verwundungen im hiesigen Krankenhaus nach Operation gestorben ist. Außerdem wurden mit komplizierten Beinbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert die Schloffer Philipp Rudolf aus Niederreiffenberg, Anton Collojeus aus Höfch und Adolf Metternich aus Höfch. Verschiedene weitere Personen erlitten geringe Verletzungen.

Ueber den Vorfall selbst erfahren wir folgendes: Das Auto der Taunus-Automobilverbindung Rönniglein-Niederreiffenberg fuhr unter starker Mehrbelastung von Bahnhof Rönniglein in Richtung Niederreiffenberg unter Führung des Wilhelm Engel vom Großen Feldberg. Der Wagen war dicht besetzt, selbst auf dem Dach und den Rücksitzen hatten Personen Platz gesucht, im ganzen etwa 30—35 Menschen. Auf der Limburger Chaussee unterhalb der Holzschneiderei Stamm wollte der Führer die Geschwindigkeit vom 2. auf den 1. Gang umstellen, erlitt dabei aber angeblich durch die Mehrbelastung im Getriebe einen Differentialbruch der Bremse. Der Wagen begann rückwärts zu laufen und es entstand durch die zunehmende Geschwindigkeit eine Panik, in deren Verlauf die Fahrgäste die im Rücken des Autos befindliche Tür öffneten und verschiedene unbedachter Weise direkt in die Fahrbahn sprangen und so natürlich sofort unter die Räder kamen. Hierbei gingen die Räder der vorgenannten Frau Müller über den Kopf und Hals und führten ihren sofortigen Tod herbei. Durch die Unruhe der Insassen geriet das Auto in heftiges Schwanken und der Führer wurde daher genötigt im Jidzack rückwärts zu fahren. Es gelang ihm, den Wagen bis zur Villa Fischer zu bringen, wo das Auto auf dem linken Bürgersteig zwei Bäume direkt über dem Erdboden abbrach und so zum Stehen kam. Das Auto selbst blieb bis auf die zertrümmerte Hintertür und eine Fensterscheibe ziemlich unversehrt. Die erste Hilfeleistung wurde den Verletzten von französischen Soldaten und Sanitätspersonal zuteil, welche sofort mit Krankenauto und allem Erforderlichen zur Stelle waren. Außerdem bemühten sich Herr Dr. Herrmann und Herr Dr. Schiffmacher um die Verunglückten und ihre Ueberführung in das hies. Krankenhaus. Die Leiche der sofort getöteten Frau Müller wurde nach den Feststellungen der Gerichtsbehörde, welche durch die Polizei benachrichtigt unter Vorbehalt von Herrn Assessor Dr. Eitel erschienen war, in die Leichenhalle des Friedhofes verbracht. Das Auto wurde von den Behörden beschlagnahmt, um einer Untersuchung unterzogen zu werden. In

welcher Tragweite oder ob der Autoführer Engel für den tragischen Vorfall verantwortlich gemacht werden kann, muß die gerichtliche Untersuchung ergeben.

Königstein, 2. Juni. Nach längeren Leiden verschied gestern Nachmittag der seit 23 Jahren hier amtierende Gerichtsvollzieher Herr Adolf Ritter im 64. Lebensjahre. Durch seinen Beruf im ganzen Amtsgerichtsbezirk tätig, war Herr Ritter noch bekannt geworden als Vorsitzender des hiesigen Krieger- und Militärvereins wie als Kommandant der früher hier bestandenen Jugendwehr. Auch dem Vorstande der Evangelischen Kirchengemeinde gehörte er seit einigen Jahren als sehr tätiges Mitglied an.

Der Fadelzug, welchen am Samstagabend das hier einquartierte französische 105. Inf.-Regiment veranstaltete, galt dem Andenken an die französische Nationalheldin Jeanne d'Arc die „Jungfrau von Orleans“, die am 30. Mai 1431, 19 Jahre alt, für ihren Glauben und ihre Vaterlandsliebe in Rouen den Tod auf dem Scheiterhaufen erlitt. Zahlreiche Denkmäler zeugen von der Verehrung, welche man in Frankreich dem Gedächtnis der Heldenin ihres Vaterlandes zollt. — Der Fadelzug bot einen hier ungewöhnlichen Anblick. Mit Eintritt der Dunkelheit hatten sich die Regimentskapelle, Offiziere und Mannschaften an der Ortswache (Parkhotel) versammelt und nach Anzünden der bunten Lampen und Fadeln den Umzug durch die Stadt angetreten.

Das Wetter. Die Pflanzenwelt dürstet nach Regen, denn die Dürre hat den Boden stark ausgetrocknet. Die Frucht steht prächtig, doch bleibt Korn und Weizen hart, wenn nicht bald Regen eintritt, der auch dem Ackerbau wäre. Alle frühblühenden Obstbäume zeigen einen nur mäßigen Behang; der kalte April hat ihnen hart zugesetzt; die spätblühenden, namentlich die Äpfel, versprechen reichen Ertrag.

Die 2. Mannschaft des Königsteiner Fußballklubs spielte gestern gegen die gleiche Mannschaft des Mammolsheimer Turnvereins. Das Spiel endete unentschieden 2:2. Die 2. Halbzeit wurde von Königstein aus nur mit 10 Mann gespielt. Die beiden 1. Mannschaften der Vereine spielten mit 4:2 Toren zu Gunsten der Mammolsheimer. Das Spiel wurde von Königstein infolge Meinungsverschiedenheiten vorzeitig abgebrochen.

Die Versorgung mit Fahrrädern. Nach einer Mitteilung des Reichsverwertungsamtes in Berlin hat sich das Kriegsministerium auf Ersuchen der Zentralstelle für den Grenzschutz Ost veranlaßt gesehen, die bisher zur Verfügung gestellten geringen Bestände an Fahrradbereifung, sowie auch an Fahrrädern zuzuziehen. Anträge auf Ueberlassung von Bereifung und Fahrrädern sind daher zurzeit leider aussichtslos.

Bermittlungsforschung. Die bei der Rückkehr unserer Kriegsgefangenen sich bietende Gelegenheit, über das Schicksal unserer Vermissten weitgehendste Aufklärung zu erhalten, soll vom Kriegsministerium in folgender Weise ausgenutzt werden. In den Durchgangslagern, welche die Kriegsgefangenen beim Eintreffen in der Heimat passieren müssen, erhält jeder Kriegsgefangene eine Liste der Vermissten seines Truppenteils mit Angehörigenadressen. Auf Grund dieser Listen sollen die Zurückgekehrten in den Durchgangslagern Angaben über das Schicksal ihrer Kameraden machen. Jeder erhält seine Karte auch beim Verlassen des Durchgangslagers, um auch später noch weitere Angaben machen zu können. Das Kriegsministerium kann diese Listen nicht vollständig aufstellen, da teilweise die Angehörigenadressen fehlen und nach Truppenmeldungen ausstehen. Es muß daher die Mitteilung der Angehörigen in Anspruch nehmen und bittet, der bisher ohne irgend eine Nachricht über einen Vermissten Heeresangehörigen ist, um sofortige Uebersendung einer einfachen Postkarte (keine Briefe oder Listen) mit folgendem Inhalt. Anschriftseite: An das Zentralnachweisbüro des Kriegsministeriums, Berlin N. W. 7 Dorothienstraße 48 Angabe der Adresse des Absenders. Rückseite: Angabe des Truppenteils, der Kompanie usw. des Diensthabenden, Namens, Vornamens, Geburtsortes und Geburtsjahres des Vermissten und Tag und Ort des Vermisstenfalls (schriftlich ohne weitere Zufüge). Sämtliche Nachrichten durch das Zentralnachweisbüro erfolgen kostenlos.

AMBI-Dachstein-Maschine

für Handbetrieb

arbeitet rasch, sparsam und zuverlässig

Anfragen an:

AMBI, Abt. II K

Charlottenburg 9

Umtliche Bekanntmachungen.

Nach einem Ministerialerlaß vom 18. März ds. Js. verliert das **Kriegsgefangenenpapiergeld** vom 1. Juli ab seine Gültigkeit. Die französische Militärbehörde hat bestimmt, daß die Scheine von der Filiale der Reichsbank in Wiesbaden eingelöst und von dieser an die Reichsbank in Mainz abgeliefert werden. Die Besitzer der Scheine erhalten von der Bank eine provisorische Quittung, die sie gegen deutsches Geld umtauschen können, sobald die Bank die Quittung von Frankfurt erhalten hat.

Königstein i. T., den 31. Mai 1919.

Der Landrat: Jacobs.

Bekanntmachung

betreffend Schlachtviehaufbringung.

Auf Grund der Anweisung des Landesfleischamtes vom 6. November 1918, der Bundesratsverordnungen zur Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (R. G. Bl. S. 607), vom 4. November 1915 (R. G. Bl. S. 728) und vom 6. Juli 1916 (R. G. Bl. S. 673) sowie der Verordnungen des Bundesrats über die Fleischversorgung vom 27. März 1916 (R. G. Bl. S. 199) und über Auskunftsfrist vom 12. Juli 1917 (R. G. Bl. S. 604) nebst den dazu erlassenen Ausführungsanweisungen wird für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden folgendes verordnet:

1. Jeder Viehhalter ist verpflichtet, den mit der Ueberwachung des Viehhandels und der Viehaufbringung Beauftragten der Bezirksfleischstelle und des Kommunalverbandes, insbesondere den Viehaufnahmekommissionen, den Preisprüfungsstellen und den Viehbesitzern den Zutritt zu den Ställen und sonstigen Räumen, in denen sich Vieh befindet, zu gestatten, an der Feststellung teilzunehmen und jede verlangte Auskunft über seinen Viehbestand wahrheitsgemäß zu erteilen.

2. Vieh, welches zur Schlachtung vorgemerkt ist, darf ohne Genehmigung des Kommunalverbandes oder der von ihm bestimmten Stelle nicht mehr als Rind- und Nutzvieh verkauft werden.

3. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Frankfurt a. M., den 5. Mai 1919.

Bezirksfleischstelle für den Reg.-Bezirk Wiesbaden.

Der Vorsitzende:

Wird veröffentlicht mit dem Hinweis, daß Zuwiderhandlungen nach §§ 12 und 17 der Bekanntmachung des Reichsanwalts vom 4. November 1915 (R. G. Bl. S. 729) zur Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (R. G. Bl. S. 607) mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft werden.

Königstein im Taunus, den 30. Mai 1919.

Der Landrat: Jacobs.

Der bisherige Bürgermeisterstellvertreter Franz Ernst in Seelberg ist zum Bürgermeister der Gemeinde Seelberg gewählt und von mir auf die Dauer von 8 Jahren, beginnend mit dem 24. Mai 1919, bestätigt worden.

Der von der Gemeinde Eppstein angeheftete Gemeindecassier Carl Schmitt ist von mir bestätigt worden.

Der von der Gemeinde Fischbach angestellte Gemeindecassier Peter Gottschalk ist von mir bestätigt worden.

Königstein im Taunus, den 28. Mai 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: Jacobs.

Die Kreisfiskalkasse

ist von heute ab nur noch vormittags von 8 — 1/1 Uhr für den öffentlichen Verkehr geöffnet.

Königstein, den 31. Mai 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: Jacobs.

Auszahlung der Quartiergelder.

Am Freitag, den 6. Juni 1919, beginnt die Auszahlung der Quartiergelder für die französischen Besatzungstruppen

und zwar zunächst für den Monat Dezember 1918. Anspruch auf Quartiergeld haben nur diejenigen Personen, die die Quartiere ordnungsgemäß an- und abgemeldet haben. Für Januar, Februar und März 19 folgt noch besondere Aufforderung. Die Quartiergelder sind auf der Stadtkasse in Empfang zu nehmen. Reklamationen sind schriftlich dem Unterzeichneten vorzulegen.

Königstein, den 2. Juni 1919.

Der Bürgermeister: A. B.: Brühl.

Vom 3. d. Mts. ab gelangt bei den hiesigen Messern gegen Abgabe des Lebensmittelkarten-Abchnittes 9

Spezial zur Abgabe.

Königstein im Taunus, den 2. Juni 1919.

Der Magistrat: A. B.: Brühl.

Die Heberolle

zur Zahlung der Beiträge zur Dessen-Massauischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft liegt in der Zeit vom 28. Mai bis 10. Juni ds. Js. zur Einsichtnahme auf der hies. Stadtkasse in den Recessstunden offen. Außerdem werden dort die Beitragsbescheinigungen zur Haftpflicht-Versicherungsbank entgegengenommen.

Königstein, den 28. Mai 1919.

Der Magistrat: A. B.: Brühl.

Kartoffel-Versorgung.

Diejenigen Haushaltungen, welche ihre Winterkartoffeln von der Stadt bezogen haben und noch nicht voll beliefert sind, erhalten abschlägig eine weitere kleine Kartoffelmenge. Die Bezugsscheine hierfür werden am Dienstag, den 3. Juni, in Zimmer 3 der Bierhalle gegen Barzahlung aus gegeben und zwar in nachstehender Reihenfolge:

Brotkarte Nr.	1-100	vormittags von 8-9 Uhr
"	101-200	" 9-10 "
"	201-300	" 10-11 "
"	301-400	" 11-12 "
"	401-500	" 12-1 "
"	501-Schluss nachm.	" 2-3 "

Die Reihenfolge ist genau einzuhalten. Brotkarte ist vorzulegen.

Königstein, den 30. Mai 1919.

Der Magistrat: A. B.: Brühl.

Bekanntmachung.

Der Plan über die Errichtung einer unterirdischen Telegraphenlinie im Prinz-Heinrichsweg (gebauter Baldweg vom Roten Kreuz nach dem Großen Feldberg im Taunus) liegt bei dem Unterzeichneten Postamt von heute ab vier Wochen aus.

Königstein (Taunus), den 2. Juni 1919.

Postamt.

Freiwillige Versteigerung.

Im freiwilligen Auftrage, mit Genehmigung der französischen Militärbehörde, werde ich am

Dienstag, den 3. Juni 1919, vormittags 9 1/2 Uhr

in dem Saale des

Frankfurter Hofes in Königstein i. T.

folgende Gegenstände:

1 ovaler Nussbaumtisch, verschiedene Tische, Kleiderständer, Bilder, Bücher, Stühle, Leuchter, Nippfachen, 1 Kuchentisch, 1 Kuchenschale, 1 Ausziehtisch (Eichen), 1 Sofa mit Umbau, 2 größere Beleuchtungskörper, 1 Nähmaschine, Bilderrahmen mit Glas und verschiedene andere Sachen

meistbietend gegen Barzahlung verkaufen. Die Sachen sind gebraucht und eine Stunde vor Beginn der Versteigerung zu besichtigen.

Mohren,

Gesichtsvollzieher in Königstein i. T.

Nutz- und Brennholzverkauf der Oberförsterei Oberreifenberg.

Donnerstag, den 5. Juni 1919, von vorm. 10 Uhr ab im Gasthaus Ungeheuer (Ant. Bidel) zu Oberreifenberg:

Försterei Reifenberg, Distr. 24a Mühlbach, 24b Weilsberg, 31a Dübnerberg, 32d Pfaffenwald, 361 Talgrund, 38a Wingersberg, 41 Dängelberg und Totalität

1. Nutzholz: Eichen: 43 Stämme 5r Kl. mit 12,02 fm, (Wagner- u. Grubenholz), 8 Stangen 2r Kl., 92 rm Schichtungholz (Wagner- und Grubenholz); Fichten: 203 Stämme 1r bis 4r Kl. mit 150,54 fm, 1230 Stangen 1r-3r Kl., 1770 Stangen 4r Kl., 3790 Stangen 5r Kl., 4440 Stangen 6r Kl., 1 rm Schichtungholz. Das Fichtenstammholz liegt in der Nähe vom Roten Kreuz

2. Brennholz: Eichen: 30 rm Scheit u. Knüppel, 183 rm Reiser 1r Kl., 400 Reiser. Buchen: ca 240 rm Scheit und Knüppel, 328 rm Reiser 1r Kl., 6000 Durchforstungswellen; Nadelholz: 60 rm Scheit und Knüppel, 64 rm Reiser 1r Kl.

Das Brennholz kommt zuerst zum Ausgebot; der Verkauf des Nutzholzes beginnt etwa um 12 1/2 Uhr.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben, guten Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau **Sofie Aumüller Wwe.**

geb. Pretz,

für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte und die Kranz- und Blumenspenden sprechen wir unseren innigsten Dank aus.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Königstein i. T., den 1. Juni 1919.

Todes-Anzeige.

Bekannten, Freunden und Verwandten hiermit die schmerzliche Mitteilung, daß mein innigstgeliebter Gatte, unser lieber treusorgender Vater, guter Bruder, Schwager und Onkel

Herr Adolf Ritter

Gerichtsvollzieher

nach langem Leiden gestern nachmittag 5 Uhr im 64. Lebensjahre sanft verschieden ist.

In tiefer Trauer:
Frau Marg. Ritter und Kinder.

Königstein, den 2. Juni 1919.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 3. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause, Frankfurterstraße 14, aus.

Evangelische Kirchengemeinde Königstein i. T.

Sonntag, den 1. Juni entschlief das langjährige Mitglied unseres Vorstandes

Herr Gerichtsvollzieher Adolf Ritter.

Wir werden seine treuen Dienste zum Wohle unserer Gemeinde nicht vergessen und das Andenken an ihn stets in Ehren halten. Er ruhe in Frieden.

Im Namen der Evangel. Kirchengemeinde

Der Vorstand:

Bender,
Großh. Hofprediger.

Königstein, den 2. Juni 1919.

Danksagung.

Zurückgekehrt von dem Grabe unserer unvergeßlichen lieben Tochter, Schwester und Cousine

Anna Jung

danken wir herzlichst allen denen, die uns während der Krankheit und dem Hinscheiden so liebevoll beigestanden haben. Besonders danken wir für die vielen Blumen-, Kranz- und Kerzenspenden, sowie für den erhebenden Grabgesang und allen denen die ihrer so ehrend gedachten.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Familie Johann Jung.

Königstein, den 2. Juni 1919.

Eine tadellose
: **Marquise** :
(3,35 m lang) mit kompletter
Eisenkonstruktion an Private
zu verkaufen.
Lehrer Rahn, Königstein.
— 2 noch gut erhaltene —
Fenster und 2 Türen
nebst einem **Rollseil**
(eventl. mit Rolle) preiswert
zu verkaufen
Limburgerstr. 4, Königstein.

Vaseline-
Lederfett
in vorzügl. Qualit. empfiehlt
E. Hagbueher, Fischbach.

Sellerie, Lauch

sowie alle
anderen **Gemüsepflanzen**
empfiehlt Gärtnerei
Franz Dornauf,
Seilerbahnweg : Königstein.

Leinöl

(garantiert rein)
per Liter 25 M. hat abzugeben.
Heinr. Eichhorn, Höchst,
Friedbergstr. 14, Fernruf 189.
Bauschule Rastede
(Oldbg.)
Meister- u. Polierkurse
Ausführlich. Programm frei.

Laubheupresse

(Ruh- oder Brennholz) und
einige Odt. Holz-Kreuzbinden
mit Drahtverankerung billig
zu verkauf. Klosterstr. 10, Kgst.

Kusten, Atemnot,

≡ **Berschlammung** ≡
Schreibe all. Leidenden gerne
umsonst, womit ich mich von
meinem schweren Lungen-
leiden selbst befreite.
Heinrich Deicke, Wackersleben,
Provinz Sachsen.
Auch bei Hautjucken, Nieschen,
Krätze, offen. Weingeistwunden
gerne umsonst Auskunft.
Rückmarke erwünscht.

Trauer-Drucksachen
durch Druckerei **Altenhöhl**,
Königstein : Hauptstraße 41.

Verloren

zwischen Falkenstein u. Buchs-
tanz eine
gelbbraune Ledertasche
enthaltend Krankengerät.
Abzugeben **gute Belohnung**
gegen
in der Geschäftsstelle d. Rtg.

Verloren:

Eine Luftpumpe.
Abgeb. Hundsbüro, Bier-
halle Zimmer 3.
Königstein, 31. 5. 1919.
Die Vollgeverwaltg.
Didentisches

: Mädchen :

bei gutem Lohn sofort gesucht.
Frau Brühl, Königstein,
Deilmühlweg 35.

Unabhängige Frau
für leichte Gartenarbeit
gesucht

Villa Gans, Königst.

Als Kellner

suche ich für die Sonntage
einen gewandten, jungen Mann
Waldwirtschaft am Fuchstanz
Ferdinand Müller.

1 großer Schrank
mit Schiebetüren, eventl. als
Gläserschrank verwendbar,
zu verkaufen.
Zu erkog. in der Geschäftsh.

Schuh- Blanzwische

(Friedensware)
schön schwarz und hochfeiner
Glanz per Dose 55 Pfennig.
E. Hagbueher, Fischbach.

Frischen
Rhabarber
— billig abzugeben —
Schneidh. Weg 17, Königstein.



Todes-Anzeige.

Schmerz erfüllt machen wir die
Mitteilung, daß mein innigstgeliebter,
herzensguter Mann, der treubesorgte Vater
unserer Kinder, unser lieber Sohn, Bruder,
Schwager, Onkel und Neffe

Herr Rudolf Anthes

heute früh 8 Uhr nach kurzer aber schwerer,
im Felde zugezogener Krankheit im 40. Le-
bensjahre sanft verschieden ist.

In tiefer Trauer:

Frau Maria Anthes u. Kinder.

Königstein, Frankfurt a. M., Offenbach a. M.,
den 1. Juni 1919.

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, 4. Juni,
nachmittags 1/4 4 Uhr, vom hies. Krankenhaus aus.

Versuchen Sie

O-H-Brot

nach Kemperdick's Verfahren herge-
stellt, vorzüglich in Qualität und von
guter Bekömmlichkeit.

Schade & Füllgrabe,
Hauptstr. 35, Königstein, Fernruf 86.

Vom 1. Juni d. Js. ab befindet sich mein
Büro in Höchst a. Main

Schillerstrasse 10 pt. - Ecke Kaiserstrasse
(neben der Hauptpost)

Fernruf 466

Rudolf Menges,
Rechtsanwalt.

Schäften

aus Chevreau, Boxcall in schwarz und braun,
und Rohleder von der einfachsten bis zur feinsten
Ausführung sind stets zu haben in größeren und
kleineren Posten bei

Peter Schiok IV., Schäftefabrikation,
Hofheim im Taunus, Roffertstraße 13.

Empfehle der geehrten Einwohnerschaft von
Königstein und Umgegend

Tapeten

in reichhaltiger Auswahl und allen Preislagen.

Josef Merz, Tapezierer und Polsterer,
Neuenhain i. T., Oberlanggasse Nr. 30.

Alle Arten

Bretter, Latten, Rahmen, Bauholz, rund
und geschnitten, auch fertig gezimmert,
Holztreppe, Kisten und Kistentelle in
jeder Holzstärke und Ausführung,
Schwarten (auch in Längen geschnitten),
Tannenbrennholz, kurz geschnitten wie
Bündelholz, Sägemehl,
führen- und waggonweise liefert

Wilhelm Mauer,

Dampfsäge- und Hobelwerk, Holzhandlung,
Zimmerer, mech. Schreinerer, Fensterfabrik.
Fernruf 11 Höchst am Main, Fernruf 11.
(Auf Wunsch Vertreterbesuch.)

Schafzucht-Berein Königstein.

Donnerstag, den 5. Juni, mittags 1 Uhr, findet
im Gasthaus „Zum Hirschen“ die

Pferch-Versteigerung

für Juni-Juli statt. Der Vorstand.
Israel Gottesdienst in der Synagoge in Königst.
Mittwoch und Donnerstag: Pfiogstfest (Schewuoth).
Vorabend Dienstag 8.20 Uhr.
Mittwoch u. Donnerstag morgens 8.30 Uhr, abends 9.30 Uhr.